

Habeck stimmt die Bürger aufs Frieren ein – und verschmäht die Alternativen

Welt, 18.06.2022, Daniel Wetzel

https://www.welt.de/wirtschaft/plus239427481/Gas-Habeck-stimmt-aufs-Frieren-ein-und-verschmaeht-die-Alternativen.html?sc_src=email_2382329&sc_lid=236634489&sc_uid=6wM2XuDJCM&sc_lid=1805&sc_cid=2382329&cid=email.crm.redaktion.newsletter.wirtschaft&sc_eh=6aebdc2892a6c0c21

Die Bundesregierung bereitet die Bürger bereits auf kühlere Heizungen im Winter vor. Doch anstatt die Speicher jetzt stärker zu füllen, laufen die Gaskraftwerke ungebremst auf Hochtouren. Dabei gäbe es mindestens zwei Alternativen, Verbraucher und Wirtschaft jetzt mit Energie zu versorgen.

Als der russische Präsident vergangene Woche die Gaslieferungen nach Deutschland drosseln ließ, ahnte Robert Habeck, was dahintersteckt. „Putin versucht, uns zu verunsichern und dann gegeneinander aufzubringen“, mahnte der Bundeswirtschaftsminister in einer Videobotschaft. „Das darf ihm nicht gelingen.“

Habeck hat zwar die Gefahr erkannt: Um das knappe Gut Erdgas zeichnen sich innerdeutsche Verteilungskämpfe ab. Umso unverständlicher ist es allerdings, dass der Grünen-Politiker selbst nicht alle ihm zur Verfügung stehenden Maßnahmen ergreift, um es gar nicht erst so weit kommen zu lassen.

Denn während Bundesbehörden bereits prüfen, wie man den Bürgern die Heizung drosseln kann, lässt die Regierung die Gaskraftwerke ungebremst weiterlaufen. Habeck unterlässt das Naheliegende, nämlich stillgelegte oder eingemottete Kohle- und Atomkraftwerke unverzüglich hochzufahren.

Zwar wird die Gesetzesgrundlage dafür geschaffen. Doch der Eingriff in die Gasverstromung soll erst dann erfolgen, wenn der Gasmangel bereits da ist. Für die schnellere Befüllung der Speicher wäre das zu spät – die Speicher waren am Samstag laut Bundesnetzagentur zu 56,67 Prozent gefüllt nach 56,29 Prozent am Freitag. Auch Industriebetrieben, die jetzt lieber Gas sparen und dafür Kohle nutzen würden, bleibt der „Fuel-Switch“ versagt. Mitten in einer eskalierenden Versorgungskrise lässt das Bundeswirtschaftsministerium ein erhebliches Einsparpotenzial brachliegen.

Viel Verständnis dafür wird es nicht geben, falls im Winter Wohnungen kühl bleiben. Selbst die Wärmebedürfnisse alter und kranker Menschen zählen wohl nicht mehr: „Auch eine Wohnung mit 18 oder 19 Grad kann noch gut bewohnt werden, und dieses vergleichsweise kleine Opfer sollten alle mittragen können“, findet Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Der Präsident der Bundesnetzagentur, Klaus Müller, sagte, dass er bereits prüfen lässt, ob Vermieter zur Absenkung der Mindesttemperatur in Wohngebäuden verpflichtet werden können.

Kaltes Zuhause im Winter

Galten Privatverbraucher im nationalen Notfallplan Gas bislang als „besonders geschützte Kundengruppe“, müssen sie sich nun auf ein kaltes Zuhause im Winter

einstellen. „Wir wissen nicht, wer die Bundesnetzagentur auf diese Schnapsidee gebracht hat“, schimpft Lukas Siebenkotten, Präsident des Deutschen Mieterbundes. „Es wirkt so, als habe das Wirtschaftsministerium mal austesten lassen wollen, woher der Wind weht.“

Schon vor Wochen hatten Industrievertreter gefordert, bei Gasknappheit statt die Bürger die Firmen bevorzugt zu beliefern: Der Verlust des Arbeitsplatzes sei schließlich gravierender als ein Verlust des Wärmekomforts.

Streit kocht also schon im Sommer hoch. Dass ausgerechnet jetzt auch noch besonders viele Gaskraftwerke am Netz sind, verwundert selbst Experten: „Im Mai wurden mehr als vier Terawattstunden Strom aus Erdgas erzeugt, das ist ein neuer Rekord für einen Maimonat“, schreibt Bruno Burger vom Fraunhofer-Institut für Solar-Energiesysteme im Kurznachrichtendienst Twitter. „Eigentlich sollte man bei der aktuellen Gasknappheit das Gegenteil erwarten.“

Habeck hatte diese Erwartung selbst geschürt. Am Mittwoch forderte er Bürger und Betriebe zum Gassparen auf: „Es ist jetzt der Zeitpunkt, das zu tun“, sagte er per Videobotschaft. „Jede Kilowattstunde hilft in dieser Situation.“

Warum er selbst dann nicht unverzüglich alle Kohlekraftwerke zurück ans Netz holt, erklärte Habeck aber nicht. Die neuen Gesetze zur Versorgungssicherheit erlauben die staatliche Einschränkung der Gasverstromung erst, wenn eine akute Versorgungskrise unmittelbar bevorsteht. Für das nötige Tempo beim Auffüllen der Speicher käme das zu spät, wundert man sich in Industriekreisen: „Wir verstehen nicht, warum der Minister noch zögert.“

Auch die Atomkraft-Befürworter verstehen das nicht: „Sie sollten jetzt allmählich mit einer AKW-Laufzeitverlängerung aus'm Knick kommen“, forderte die unabhängige Kernkraft-Expertin Anna Veronika Wendland salopp auf Twitter. „Zur Erinnerung: Mit vorhandenem Atomstrom kann man besser Gaskraft ersetzen & elektrisch heizen als mit Windstrom ausstehenden oder nicht gebauten Anlagen.“

In der Wirtschaft schwindet das Verständnis. So hatte etwa der Industriekonzern Evonik im Chemiepark Marl bereits drei Gasturbinen installieren lassen, um dem gesetzlichen Kohleausstieg Folge leisten zu können. Jetzt, wo die Erdgas-Versorgung unsicher und überdies teuer geworden ist, würde das Unternehmen das werkseigene Kohlekraftwerk gern noch länger laufen lassen, darf es aber nicht: Das gesetzliche Abschaltdatum 30. Oktober gilt weiter, Gaskrise hin oder her. Zwar hat die Bundesregierung ein Gesetz für Reservekraftwerke auf den Weg gebracht.

Beim Gassparen hilft das einstweilen wenig: Der Evonik-Kohlemeiler muss lediglich in Reserve gehalten werden, eine Erlaubnis zum sofortigen Weiterbetrieb ist damit nicht verbunden. „Bleibe das Steinkohlekraftwerk vorübergehend weiter in Betrieb, könnte der nationale Erdgasbedarf um bis zu 2,8 Terawattstunden oder 250 Millionen Kubikmeter Gas im Jahr gesenkt werden“, teilte Evonik mit: Das allein entspreche schon „der früher üblichen Tagesmenge aus russischen Pipelines“.